

Argument der Woche

# 3. Juli im Bundestag: Rente ab 67 verhindern!

**Kaum war der Koalitionsvertrag unterschrieben, hat Franz Müntefering als damaliger Arbeitsminister die „Rente erst ab 67“ durchgeboxt. In bester Agenda 2010-Tradition hat die SPD mitgemacht; gegen den Protest von Gewerkschaften und Sozialverbänden. Nach dem für die SPD enttäuschenden Europawahlergebnis gerät diese unselige „Front für wachsende Altersarmut“ ins Bröckeln – glaubt man dem kommenden SPD-Landesvorsitzenden in Bayern, Florian Pronold. Mehr als ein billiges Wahlkampfmanöver?**

Will sich die SPD wie im Wahlkampf 2005 als Partei der sozialen Gerechtigkeit präsentieren, die in Opposition zu ihrer eigenen Regierungspolitik Wahlkampf macht? Nicht vergessen ist, dass den schönen Worten allzu oft schlimme Taten folgen. Steinmeier hat nach der Wahl 2002 die Agenda 2010 erfunden. Und Müntefering nach der Wahl 2005 die Rente ab 67. Damit vor der Wahl Klarheit herrscht, fordern nun Gewerkschaften, Sozialverbände und DIE LINKE Konsequenzen von der SPD. Wer in der Krise die Menschen schützen will, muss jetzt seinen unsozialen Kurs aufgeben. Und dazu gehört: Abschaffung der Rente ab 67. DIE LINKE stellt am Freitag, dem 3. Juli, einen entsprechenden Antrag im Bundestag zur Abstimmung: Eine gute Gelegenheit für jedes wahlkämpfende Mitglied im Bundestag, rechtzeitig Farbe zu bekennen.

Alle wissen, die Erwerbslosigkeit wird deutlich steigen. Das trifft besonders die Berufsanfänger, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, und die Älteren hart. Bereits vor der Krise war klar: Kommt die Rente ab 67, werden bis zu drei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze benötigt. Davon ist nichts zu sehen, im Gegenteil: Spätestens ab Herbst steigt die Arbeitslosigkeit deutlich. Die Jungen werden nach Jobs Schlange stehen und die Älteren aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. In dieser Situation wirkt die Rente ab 67 wie zusätzlicher sozialer Sprengstoff.

Heute liegt das durchschnittliche Renteneintrittsalter bei 63 Jahren. Wer vor 65 in Rente gehen muss, erhält für jedes vorzeitige Jahr 3,6 Prozent Abschlag. Kommt die Rente ab 67, verschärft sich

das Problem. Die Mehrheit der heute Beschäftigten wird nicht bis 67 Jahre arbeiten können. Wer vorgezogen in Rente gehen muss, erhält dann Abschläge bis zu 14,4 Prozent.

Union und SPD behaupten, dass die Rente ab 67 wegen der Alterung der Gesellschaft unausweichlich ist. Tatsächlich aber sind die Probleme unseres Rentensystems hausgemacht. Massenarbeitslosigkeit und Niedriglohnpolitik senken die Beitragseinnahmen und reißen tiefe Löcher in die Rentenkassen. Nicht zuletzt deshalb brauchen wir eine aktive Beschäftigungspolitik und einen gesetzlichen Mindestlohn. Immer mehr Menschen, vor allem Frauen, haben zu geringe Rentenansprüche, um im Alter ein auskömmliches Leben zu führen. Mit der rot-grünen Rentenreform wurde zusätzlich das Rentenniveau abgesenkt. Die Folgen sind fatal. Heute muss ein Durchschnittsverdiener 28 Jahre Beiträge einzahlen, um eine Rente auf Hartz IV-Niveau zu bekommen. 2030 werden gut 36 Jahre notwendig sein. Am härtesten trifft es jüngere Menschen, Menschen mit Billigjobs oder Langzeitarbeitslose. Ihre Altersarmut ist vorprogrammiert.

## **Die Rente ab 67 muss weg.**

Statt einer Anhebung des Renteneintrittsalters sind flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr das Gebot der Stunde.

## **DIE LINKE will eine einheitliche soziale Rentenversicherung für alle.**

Zusammen mit Gewerkschaften und Sozialverbänden fordern wir eine Erwerbstätigenversicherung, in die auch Abgeordnete, Beamte und Selbstständige einzahlen. Statt die private Vorsorge staatlich zu fördern, muss der Solidarausgleich in der gesetzlichen Rente gestärkt werden. Geringe Einkommen, Zeiten der Kindererziehung und Pflege sowie der Ausbildung und der Erwerbslosigkeit müssen in der Rente höher bewertet werden. Die Beitragsbemessungsgrenze muss abgeschafft werden. Höhere Rentenansprüche, die bei großen Einkommen entstehen, sollen abgeflacht werden.

## **Jeder Mensch hat das Recht, im Alter ein Leben in Würde zu führen.**

*Redaktionsschluss: 26. Juni 2009*

**DIE LINKE.**

**DIE LINKE - WahlQuartier**

Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefon: 030/24 009 999 · Telefax: 030/24 110 46  
wahlquartier@die-linke.de · www.die-linke.de